

Fachbereich Zentrale Steuerung und Recht

Die Verwaltungsorganisation der Stadt Offenburg war seit Einführung des Neuen Steuerungsmodells in den 1990er Jahren dezentral aufgebaut. Angesichts der Entwicklung der Stadt Offenburg als Oberzentrum, der damit einhergehenden Projekt- und Themendichte sowie der notwendigen Zunahme an Personal stößt diese bisherige Organisation allerorten an ihre Grenzen. Die bereichs- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit muss organisatorisch gestärkt und vorangebracht werden.

Zu diesem Zweck wurde zum Januar 2020 der neue Fachbereich Zentrale Steuerung und Recht (ZSR) gebildet.

Er identifiziert gesamtstädtische Fragestellungen und führt die Arbeit der Bereiche zu einem einheitlichen Handeln zusammen. Ihm sind die Abteilungen Recht und Datenschutz (bisher: Organisationseinheit Recht) und Zentrale Dienste und Wahlen (bisher Teil des Fachbereichs 2) zugeordnet.

Produktgruppe Justizariat

Ziele der Produktgruppe:

- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherstellen.
- Rechtliche Rahmenbedingungen mit den übrigen städtischen Zielsetzungen durch Risikobewertung in sinnvollen Einklang bringen Konflikte vorprozessual lösen
- Außergerichtliche Vertretung der Interessen und Verhandlungsposition der Stadt Offenburg
- Prozessuale Vertretung der Stadt Offenburg

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen:

Im rechtlichen Bereich hat die Pandemie das Jahr 2020 geprägt.

Zum einen übernahmen mehrere Mitarbeitende der Abteilung Recht und Datenschutz Funktionen im Corona-Krisenstab.

Zum anderen warfen die Regelungen zum Infektionsschutz diverse rechtliche Fragen zu nahezu allen Verwaltungs- und Lebensbereichen auf, zB:

- Anpassung formaler Verfahrensschritte z.B. zu Anhörungs- und Einsichtnahmerechten im Bebauungsplanverfahren

- Maskenpflicht in städtischen Einrichtungen
- Kitabetrieb und Gebührengestaltung
- Mehrkostenerstattung für Baustellenbetrieb
- Vergaberechtliche Ausnahmen für Beschaffungen

u.v.m.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Zuletzt hat die Abteilung den **Aufbau eines Zentralen Impfzentrums (ZIZ)** in Offenburg ausgestaltet und mit dem Land in vielen Vertragsrunden die Konditionen für dessen Aufbau, Betrieb und Rückbau verhandelt.

Prozessstatistik:

Im prozessualen Bereich unterlag die Stadt in weniger als 10 % der von vom Fachbereich ZSR zu Ende geführten gerichtlichen Verfahren.

Datenschutz:

Wie bereits in den vergangenen Jahren nahmen Anfragen der Bürger*innen zum Datenschutz zu. In deren Bearbeitung ist allerdings eine gute Verfahrensroutine eingetreten, da sich die für die Stadtverwaltung geschaffenen Arbeitsstrukturen nun etabliert haben. Regelmäßig wiederkehrende Fragen bearbeiten die Bereiche zu einem sehr großen Teil selbstständig, komplexere Fragen werden über die AG Datenschutz in Zusammenarbeit mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten geklärt.

Vollauskünfte nehmen zu (Art. 15 EU-DSGVO). Bürger*innen wollen auf einen sparsamen Umgang mit ihren Daten durch die Verwaltungen vertrauen dürfen und erkundigen sich zunehmend, wo in der Verwaltung Daten über sie vorgehalten werden.

Die Herausforderungen des Datenschutzes liegen mit darin, sich dieses Vertrauens auch nach außen als würdig zu erweisen. Die Stadt hat diese Herausforderung angenommen und ein reibungsloses Verfahren eingeführt, die geforderten Daten fristgerecht an Bürger*innen zu liefern.

Daneben sind weitere Arbeitsstrukturen zur Datenlöschung aufzubauen und diese mittels technisch organisatorischer Maßnahmen zu flankieren. Der Datenschutz bleibt eine zeitintensive Daueraufgabe für die Stadtverwaltung.

Sonstiges:

Die Offenburger Bus+-App steigert die Planbarkeit und insbesondere in Pandemiezeiten die Sicherheit im ÖPNV. In der Entwicklungsphase hatte Bus+ etliche datenschutzrechtliche und IT-sicherheitsrechtliche Hürden zu überwinden. Durch die intensive Zusammenarbeit des bDSB mit dem Entwicklungsteam sowie in enger Kooperation mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) wurden die rechtlichen und technischen Grundlagen gemeinsam erarbeitet. Die anfänglich bestehenden rechtlichen und technischen Probleme konnten so zeitnah beseitigt werden, sodass Bus+ zügig entwickelt werden konnte.

Gesetzliche Informationsansprüche:

Die Zahl der Anträge auf Information nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) hielt sich auf gleichbleibendem Niveau. Gleichwohl stieg die Komplexität der Anfragen, sodass die derzeitige dezentrale Struktur überprüft wird

Arbeitsschutz/Gesundheitsschutz:

Auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz als Teil der Abteilung Zentrale Dienste und Wahlen musste 2020 infolge der Coronapandemie bislang unbekannte Aufgaben lösen.

So musste ein einheitlicher Standard an Hygienemaßnahmen erarbeitet werden, um einen sicheren Dienstbetrieb während der Coronapandemie zu gewährleisten. Im Zuge dessen wurden in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 5 sämtliche Verwaltungsgebäude, Sport- und Festhallen, Ortsverwaltungen, Schulen, Familienzentren und Kitas mit entsprechenden Hygienevorrichtungen wie Trennscheiben an den Arbeitsplätzen oder im Publikumsverkehr, sowie ca. 450 Desinfektionsmittelspender in Fluren und Eingangsbereichen oder stark frequentierten Räumen ausgestattet.

Parallel hierzu entstand das Infektionsschutzkonzept für die Stadt Offenburg. Darin wurden u.a. Vorgaben zur Raumlüftung und -nutzung, zum Tragen von Masken, Besetzung von Büroarbeitsplätzen uvm. definiert. Wesentlicher Bestandteil war die Konkretisierung und Definition im Umgang mit den Risikogruppen. Daraus konnte durch gemeinsame Entwicklung mit dem Fachbereich 2 ein Angebot zur

arbeitspsychologischen Betreuung durch einen Arbeitspsychologen angeboten werden.

Außerdem wurden für die Bereiche der Familienzentren, KiTas und Horte die Gefährdungsbeurteilungen in Bezug auf die Coronapandemie angepasst und überarbeitet, um so ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen sicher beurteilen zu können.

Die zu Beginn des Jahres aufgebaute Beschaffungsstelle für Schutzausrüstung beim Landratsamt stellte im zweiten Halbjahr 2020 die zentrale Versorgung ein. Die positiven Erfahrungen mit einer zentralen Beschaffung führten dazu, dass die zukünftigen Beschaffungen an Schutzausrüstung wie Masken, Tests, Desinfektionsmittel etc. bei der Abt. Zentrale Dienste und Wahlen angesiedelt wurden.

Der Arbeitssicherheitsausschuss, die Betriebsärztin und die Fachkraft für Arbeitssicherheit waren ebenfalls eng bei der Erarbeitung erforderlicher Maßnahmen eingebunden.

Aufgrund der Coronapandemie mussten einzelne Maßnahmen des Arbeitsschutzes aber auch zurückstehen. So konnten beispielsweise die Begehungen der Gebäude sowie einige geplante Schulungen für Ersthelfer, Brandschutzhelfer und Sicherheitsbeauftragte nicht stattfinden.

Zentrale Verwaltung/Wahlen:

Verwaltung und Digitalisierung von Akten:

Die Digitalisierung der Verwaltung zielt u.a. auf die Einführung einer elektronischen Aktenführung. Damit Dokumente von ihrem (elektronischen) Eingang bei der Stadt sinnvoll bearbeitet und dann auch vollständig in einer verwertbaren Weise nach ihrer Bearbeitung ins Stadtarchiv gelangen können, benötigt es aber mehr als nur die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems.

Ziel muss es sein, die Akten einheitlich auf Basis eines Aktenplanes zu führen, den die gesamte Verwaltung anwendet. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, dass Dokumente für die Archivierung verloren gehen, die stadthistorisch Bedeutung haben.

Ein einheitlicher Aktenplan liegt seit Einführung des Neuen Steuerungsmodells in den 1990er Jahren nicht mehr vor.

Aus dieser Problemstellung entwickelte sich Ende 2019 eine Arbeitsgruppe zwischen dem Archiv und der Abt. Zentralen Dienste und Wahlen. Aufgrund der Komplexität des Themas, definierte man zunächst viele

verschiedene Teilprojekte, von denen aufgrund der aktuellen Corona-Situation eine gesamtstädtische Erhebung zur Schriftgutverwaltung vorgezogen werden konnte.

Nächste Schritte werden nun die Erstellung eines Schulungskonzepts zum Thema Aktenführung sein sowie die Einführung eines einheitlichen Standards der Aktenführung. Der Fachbereich DigIT ist als Projektpartner hinzugekommen.